

Niederschrift

-öffentlich-

über die

Sitzung des Kreistages - zusätzlich

Sitzungsdatum: Montag, den 29.04.2024

Beginn: 09:00 Uhr Ende 09:27 Uhr

Ort, Raum: Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II

Anwesend waren:

Landrat

Eberth, Thomas

Mitglieder der CSU Fraktion

Behon, Rosa

Braunreuther, Sarah

Brohm, Waldemar

Friedrich, Rainer

Götz, Jürgen

Haaf, Thomas

Hellmuth, Thomas

Hoffmann, Thomas

Hügelschäffer, Karl

Jungbauer, Björn

Klüpfel, Uwe

Krämer, Helmut

Kuhn, Barbara

Ländner, Manfred

Lehrieder, Paul

Losert, Burkard

Menig, Heiko

Rothenbucher, Andrea

Schenk, Markus

Schlier, Konrad

Schmidt, Martina

Schmieg, Marion

Schmitt, Roland

Schraud, Rosalinde

Stolzenberger, Michael

Wild, Martina

Zorn, Sebastian

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Bötsch, Bettina

Celina, Kerstin

Finster, Stefanie anwesend ab 9:11 Uhr

Hansen, Sebastian

Hecht, Jessica anwesend ab 9:07 Uhr

Heeg, Rita

Heußner, Karen

Huber, Sebastian

Labeille, Aljoscha anwesend ab 9:07 Uhr

May-Page, Margarete

Meixner, Josef

Rettner, Stefan

Winzenhörlein, Sven

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Fiederling, Hans Fischer, Alois Freiherr von Zobel, Felix Joßberger, Ernst Juks, Peter Kinzinger, Lioba Menth, Johannes Neckermann, Heribert Schömig, Klara Wild, Lothar

Mitglieder der SPD Fraktion

Barrientos, Simone
Eck, Joachim
Grimm, Tobias
Halbleib, Volkmar
Haupt-Kreutzer, Christine
Linsenbreder, Eva
Sachs, Evelyne
Schmidt, Klaus
Stichler, Peter
Wolfshörndl, Stefan

Mitglieder der FDP

Kuhl, Florian Kuhl, Wolfgang

Mitglieder der ÖDP

Henneberger, Matthias Marold, Viktoria

Mitglieder der AfD

Seifert, Berthold

anwesend ab 9:06 Uhr

Abwesend/Entschuldigt:

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Hock, Robert, Dr. entschuldigt

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Rützel, Thomas entschuldigt

Mitglieder der SPD Fraktion

Schlereth, Bernhard entschuldigt

Mitglieder der AfD

Hay, Titus, Dr. med. entschuldigt

Mitglieder des Kreistages (parteilos)

Stabrey, Olaf

Schriftführer/in

Troll, Margarete

Außerdem anwesend:

Vertreter der Medien diverse Zuhörer

vom Landratsamt:

S Herr Dröse

ZB Herr Umscheid

GB 1 Frau Opfermann

GB 4 Herr Hollmann

GB 6 Herr Barth

SFB 1 Herr Schebler

SFB 3 Frau Dr. Müller-Wuttke

SFB 3 Herr Schuster

SFB 4 Herr Götz

ZFB 3 Frau Schumacher

ZFB 3 Frau Puchalla

ZFB 3 Frau Scholl

GISt Frau Wallrapp

vom Kommunalunternehmen:

Frau von Vietinghoff-Scheel Herr Prof. Dr. Schraml

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Feststellung der Niederlegung des Amtes als Kreisrat/Kreisrätin	ZFB3/018/2024
2.	Änderung in der Besetzung des Kreistags: Nachrücken eines/einer Listennachfolgers/Listennachfolgerin	ZFB3/019/2024
3.	Vereidigung eines/einer neuen Kreisrats/Kreisrätin	ZFB3/020/2024
4.	Änderung der beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses	GB3/019/2024
5.	Befassung des Kreistages im Rahmen des § 6 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. Abs. 3 Satz 1 der Unternehmenssatzung für das Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg - "Bestellung, Berufung und Abberufung des Vorstands"	StabL/034/2024
5.1.	Ausschreibungsverfahren Vorstand des Kommunalunternehmens des Landkreises Würzburg und Auftrag an den Verwaltungsrat des Landkreises Würzburg	
6.	Antrag CSU-Kreistagsfraktion: Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse des Kommunalunternehmens in die zukünftigen Haushaltsberatungen einschließen	StabL/035/2024
7.	Antrag CSU-Kreistagsfraktion: Vorstellung der Planungen und Umsetzung der Neubauten des Kommunalunternehmens am Hubland	StabL/036/2024
8.	Antrag SPD-Kreistagsfraktion: Sachstandsbericht zum Projekt Giebelstadt (ehem. Frauenhaus, Wohnbau)	GB1/005/2024
9.	Antrag SPD-Kreistagsfraktion: Prüfung der Beendigung der Option SGB II	GB4/039/2024
10.	Antrag SPD-Kreistagsfraktion: Berichterstattung über Beschlüsse die noch nicht oder teilweise vollzogen sind	ZFB3/017/2024
11.	Verlängerung Deutschland-Ticket 2024	KU/009/2024
12.	Übernahme Personalverwaltung für den Zweckverband "Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken" durch das KU	KU/010/2024
13.	Sonstiges	

Landrat Thomas Eberth begrüßt alle anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte, alle Gäste, die Damen und Herren der Verwaltung sowie den Vertreter der Medien.

Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist, mit der Tagesordnung Einverständnis besteht und die Beschlussfähigkeit hergestellt ist.

Kreisrat Fiederling stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt Ö 5 zu splitten. Der Antrag über die Neubestellung der Vorständin solle separat abgestimmt werden.

Landrat Eberth lässt über den Antrag mit folgendem Ergebnis abstimmen:

Ja-Stimmen: 31 Nein-Stimmen: 30 anwesend: 61

Landrat Eberth teilt mit, dass der Antrag angenommen sei und die Tagesordnung angepasst werde.

		Vorlage: ZFB3/018/2024
	Termin	TOP 1
Kreistag	29.04.2024	öffentlich

Betreff:

Feststellung der Niederlegung des Amtes als Kreisrat/Kreisrätin

Sachverhalt:

Herr Kreisrat Sebastian Huber (Bündnis 90/Die Grünen) hat mit Schreiben vom 27.2.2024 mitgeteilt, dass er zukünftig auf sein Kreistagsmandat verzichte und zum 1.4.2024 zurücktrete.

Gemäß Art. 48 Abs. 3 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz (GLKrWG) stellt der Kreistag ein Amtshindernis, einen Amtsverlust oder die Niederlegung des Amtes fest.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stellt die Niederlegung des Amtes durch Kreisrat Sebastian Huber fest.

Beschluss:

Der Kreistag stellt die Niederlegung des Amtes durch Kreisrat Sebastian Huber fest.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2024.04.29/Ö-1

Zur weiteren Veranlassung an ZFB 3, ZFB 1, SFB 4

Zur Kenntnis an ZB, S, Vorzimmer LR

Troll Protokollführer/in

		Vorlage: ZFB3/019/2024
	Termin	TOP 2
Kreistag	29.04.2024	öffentlich

Betreff:

Änderung in der Besetzung des Kreistags: Nachrücken eines/einer Listennachfolgers/Listennachfolgerin

Sachverhalt:

Infolge der Mandatsniederlegung von Herrn Sebastian Huber rückt als nächster verfügbarer Listennachfolger aus dem Wahlvorschlag Nr. 2 von Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) Herr Gerhard Müller in den Kreistag nach.

Gemäß Art. 48 Abs. 3 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz (GLKrWG) entscheidet der Kreistag über das Nachrücken des Listennachfolgers.

Herr Müller wurde gemäß Art. 48 Abs. 3, 47 Abs. 2 GLKrWG verständigt und hat fristgemäß schriftlich erklärt, dass er die Wahl annehme.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stellt fest, dass Herr Gerhard Müller als Listennachfolger aus dem Wahlvorschlag Nr. 2 von Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) in den Kreistag nachrückt.

Beschluss:

Der Kreistag stellt fest, dass Herr Gerhard Müller als Listennachfolger aus dem Wahlvorschlag Nr. 2 von Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) in den Kreistag nachrückt.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2024.04.29/Ö-2

Zur weiteren Veranlassung an ZFB 3, ZFB 1, SFB 4

Zur Kenntnis an ZB, S, Vorzimmer LR

Troll
Protokollführer/in

		Vorlage: ZFB3/020/2024
	Termin	TOP 3
Kreistag	29.04.2024	öffentlich

Betreff:

Vereidigung eines/einer neuen Kreisrats/Kreisrätin

Sachverhalt:

Infolge der Mandatsniederlegung von Herrn Sebastian Huber ist als nächster verfügbarer Listennachfolger aus dem Wahlvorschlag Nr. 2 von Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) Herr Gerhard Müller in den Kreistag nachgerückt.

Herr Müller wurde gemäß der wahlrechtlichen Bestimmungen gebeten, sich über die Bereitschaft, den Eid oder das gesetzlich dafür vorgesehene Gelöbnis gemäß Art. 24 Abs. 4 der Landkreisordnung (LKrO) abzulegen, zu erklären.

Diese Erklärung hat Herr Müller fristgemäß abgegeben.

Herr Landrat Eberth bittet Herrn Müller darum vorzutreten und ihm die Eidesformel nachzusprechen.

Debatte:

Landrat Eberth bittet Herrn Müller vorzutreten und ihm die Eidesformel nachzusprechen. Im Anschluss gratuliert er Kreisrat Müller und überreicht ein Präsent.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur weiteren Veranlassung an ZFB 3, ZFB 1, SFB 4

Zur Kenntnis an ZB, S, Vorzimmer LR

Troll
Protokollführer/in

		Vorlage: GB3/019/2024
	Termin	TOP 4
Kreistag	29.04.2024	öffentlich
Fachbereich: GB3 - A	mt für Jugend und Familie	

Fachbereich: GB3 - Amt für Jugend und Familie

Betreff:

Änderung der beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Sachverhalt:

In der Besetzung des Jugendhilfeausschusses ergibt sich eine Änderung bei den beratenden Mitgliedern. Nach Art. 19 Abs. 1 Nr. 9 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) gehört dem Jugendhilfeausschuss auch Mitglieder aus dem Bereich der Kirchen oder sonstigen Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts an.

Mit E-Mail vom 13. September 2023 teilte Frau Marie Huwe mit, dass sie zum Ende September 2023 ihre bisherige Stelle verlässt und nicht mehr als Vertreterin der Katholischen Kirche als beratendes Mitglied am Jugendhilfeausschuss teilnehmen werde und bat darum, ihre Stellvertreterin Frau Birgit Hohm zu den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses zu laden, bis eine Nachfolge benannt werde.

Das Bistum Würzburg benannte per E-Mail vom 10.01.2024 Frau Larissa Seel als neues beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Auf Nachfrage teilte das Bistum Würzburg am 13.03.2024 telefonisch mit, dass Frau Birgit Hohm weiterhin als deren Stellvertretung fungieren soll.

In der Sitzung vom 18.03.2024 sprach der Jugendhilfeausschuss dem Kreistag die Empfehlung aus, der Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses zuzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt die von der Verwaltung vorgetragenen Änderungen in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis und stimmt diesen zu.

Debatte:

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Beschluss:

Der Kreistag nimmt die von der Verwaltung vorgetragenen Änderungen in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis und stimmt diesen zu.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2024.04.29/Ö-4

Zur weiteren Veranlassung an GB 3, ZFB 3, ZFB 1

Zur Kenntnis an ZB

Troll Protokollführer/in

		Vorlage: StabL/034/2024
	Termin	TOP 5
Kreistag	29.04.2024	öffentlich

Fachbereich: S - Stabsstelle Landrat

Betreff:

Befassung des Kreistages im Rahmen des § 6 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. Abs. 3 Satz 1 der Unternehmenssatzung für das Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg - "Bestellung, Berufung und Abberufung des Vorstands"

Anlage/n: Interfraktioneller Antrag vom 17.11.2023

Interfraktioneller Antrag vom 18.02.2024

Liste namentliche Abstimmung

Sachverhalt:

1.

Mit E-Mail vom 17.11.2023 reichte der Fraktionsvorsitzende Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag Würzburg einen interfraktionellen Antrag ein (siehe Anlage).

In der Sitzung des Kreistages am 04.12.2023 wurde der Antrag bereits behandelt und folgender mehrheitlicher Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Kreistag strebt eine weitere Zusammenarbeit mit Frau von Vietinghoff-Scheel und eine erneute Bestellung als Vorständin vom 01.04.2025 bis 31.03.2030 an.

Der Verwaltungsrat wird beauftragt, die Rahmenbedingungen einer erneuten Bestellung zur erörtern und mit der Vorständin zu definieren, um die Bestellung im März 2024 zur Entscheidung im Kreistag vorzulegen.

Mit Schreiben vom 18.02.2024 wurde erneut der Antrag auf Wiederbestellung für die Sitzung des Kreistages am 04.03.2024 von den Fraktionen UWG/FW, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD gestellt (siehe Anlage). Aufgrund der drohenden Überfrachtung der notwendigen und geplanten Haushaltssitzung wurde dieser Tagesordnungspunkt und einige weitere Anträge nicht behandelt. Die zurückgestellten Anträge sollten in einer Sondersitzung beraten und Beschluss gefasst werden.

Die Antragsteller werden in der Sitzung hierzu informieren und vortragen.

In den letzten Monaten war eine Zusammenarbeit zwischen Vorständin und Landrat schwierig, sehr angespannt und auf keiner vertrauensvollen Basis mehr möglich. Dies wurde in der letzten Kreisausschusssitzung am 15.04.2024 nochmals sehr deutlich. Verschiedene Themenbereiche, die für den Landkreis Würzburg mit erheblichen künftigen Belastungen einhergehen können, wurden auf sehr unterschiedliche Art und Weise von der Vorständin vorbereitet und/oder begleitet.

Hier sind insbesondere die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Klinikreform, notwendige Unternehmenssatzungsänderungen und Anfragen zu Neubauprojekten am Hubland zu nennen.

Mittlerweile werden auch persönliche Vorwürfe der Vorständin gegenüber Herrn Landrat in den Raum gestellt und deutlich formuliert. Eine Zusammenarbeit ist auf dieser Basis nicht mehr möglich.

Das Vertrauensverhältnis wird dadurch weiter erheblich gestört, dass insbesondere gegen die Vorständin seit Ende Dezember 2023 ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Würzburg eröffnet wurde, dessen Begründung am 10.01.2024 mit einer Durchsuchung der Räumlichkeiten des KU durchaus bekräftigt wurde. Im Zuge des Ermittlungsverfahrens wurde die Disziplinarbefugnis vom Verwaltungsrat an die Landesanwaltschaft Bayern abgegeben.

Der Bestellungszeitraum der Vorständin, Frau Eva von Vietinghoff-Scheel, endet mit Ablauf des 31.03.2025. Die Bestellung erfolgte im November 2019 (Verwaltungsrat) und im Dezember 2019 (Kreistag) zum 01.04.2020 ohne einen üblicherweise vorher durchzuführenden Auswahl- und Bewerbungsprozess. Die Entscheidung wurde auf die Empfehlung des früheren Vorstandes, Prof. Dr. Alexander Schraml, gestützt.

Alternative Bewerbungen oder Interessenten wurden nicht zugelassen bzw. eine Ausschreibung gab es nicht. Für den bestehenden Bestellungszeitraum besteht aus Sicht der Verwaltung des Landratsamtes Würzburg und einer vorliegenden Stellungnahme einer Fachanwaltskanzlei kein voll umfänglicher und rechtlich umsetzbarer Anstellungsvertrag. Die Vorständin ist Beamtin des KU und deshalb zunächst zeitlich unbefristet im Dienst des KU. Ein Vorstandsvertrag ist bis dato noch nicht zustande kommen.

Es wird deshalb vorgeschlagen, die Stelle und damit die Funktion des Vorstandes im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens zum 01.04.2025 zu besetzen.

Für die Festlegung von Anforderungsprofilen, Tätigkeitsbeschreibung und persönlichen Anforderungen zur Auswahl geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten, dem Auswahlverfahren mit Bewerbungsgesprächen und Bewertungsmatrix sollte ein erfahrener Dienstleister beauftragt werden. Vergleichbare Auswahlverfahren können hierzu als Benchmark dienen, z.B. die Sparkassenakademie, die bei der Vorstandsauswahl der Sparkasse Mainfranken unterstützt.

Der Verwaltungsrat kann Kriterien, Gehaltsstrukturen und Rahmenbedingungen für die Besetzung der Stelle gegebenenfalls neu und konkreter definieren. Die finanziellen Belastungen und Risiken für das KU und damit für den Landkreis Würzburg sind dem Kreistag voll umfänglich aufzuzeigen. Das Auswahl- und Bewerbungsverfahren kann vom Verwaltungsrat intensiv begleitet werden. In einem transparenten Prozess kann dann eine Entscheidung vorbereitet und getroffen werden.

Beschlussvorschlag:

- Die interfraktionellen Anträge zur erneuten Bestellung der Vorständin, Frau Eva von Vietinghoff-Scheel, für den Zeitraum vom 01.04.2025 bis 31.03.2030 werden abgelehnt.
- 2. Der Verwaltungsrat wird gebeten, ein Ausschreibungsverfahren einzuleiten und zu begleiten. Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens sind die Aufgabenstellung, das Anforderungsprofil und die vertraglichen Rahmenbedingungen festzulegen.
- 3. Der Verwaltungsrat hat dem Kreistag Vorschläge für eine Bestellung des Vorstandspostens bis zum 30.09.2024 zu unterbreiten, um eine Bestellung fristgerecht zum 01.04.2025 zu ermöglichen.

Debatte:

Landrat Eberth teilt mit, dass bezüglich der Wiederbestellung von Frau von Vietinghoff-Scheel zwei interfraktionelle Anträge vom November 2023 und Februar 2024 vorliegen. Wenn Einverständnis damit bestehe, würde auf einen großen neuen Sachvortrag verzichtet werden. Er erkundigt sich, ob Wortmeldungen vorhanden seien. Dies ist nicht der Fall.

Landrat Eberth weist darauf hin, dass laut den Anträgen aus November 2023 und Februar 2024 eine Wiederbestellung erfolgen soll. Er fragt nach, ob sich die Fraktionsvorsitzenden darüber einig sind. Das ist der Fall.

Landrat Eberth formuliert aufgrund des Antrags von Kreisrat Fiederling zu Beginn der Sitzung auf separate Abstimmung über die Neubestellung der Vorständin folgenden geänderten Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Den interfraktionellen Anträgen zur erneuten Bestellung der Vorständin Frau Eva von Vietinghoff-Scheel wird zugestimmt.

Kreisrat Jungbauer stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf namentliche Abstimmung.

Landrat Eberth teilt mit, dass somit ein Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt wurde und lässt über den Antrag per Handzeichen abstimmen. Er stellt fest, dass mehr als ¼ der Mitglieder des Kreistages für eine namentliche Abstimmung sind.

Daraufhin erläutert er kurz das Prozedere für die namentliche Abstimmung: Ja = Wiederbestellung

Nein = keine Wiederbestellung mit der Konsequenz Neuausschreibung

Er erkundigt sich bei den Mitgliedern des Kreistages, ob dies verstanden wurde und umgesetzt werden könne. Hierzu erfolgt keine Wortmeldung.

Frau Scholl vom Sitzungsmanagement liest sodann die Namen der Kreisräte in alphabetischer Reihenfolge vor. Das Abstimmungsergebnis wird namentlich vom Sitzungsmanagement dokumentiert (siehe Anlage).

Landrat Eberth unterbricht von 9:13 Uhr bis 9:18 Uhr die Sitzung für die Auszählung kurz.

Landrat Eberth gibt sodann folgendes Abstimmungsergebnis bekannt:

Ja-Stimmen: 30 Nein-Stimmen: 35 anwesend: 65

(Hinweis: fünf Kreisräte waren bei der Sitzung entschuldigt/nicht anwesend. Ein bei der Sitzung anwesender Kreisrat befand sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.)

Beschluss:

Den interfraktionellen Anträgen zur erneuten Bestellung der Vorständin Frau Eva von Vietinghoff-Scheel wird zugestimmt.

Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschluss-Nr.: KT/2024.04.29/Ö-5

Zur weiteren Veranlassung an S

Troll
Protokollführer/in

		Vorlage:
	Termin	TOP 5.1
Kreistag	29.04.2024	öffentlich
Fachbereich:		

Betreff:

Ausschreibungsverfahren Vorstand des Kommunalunternehmens des Landkreises Würzburg und Auftrag an den Verwaltungsrat des Landkreises Würzburg

Sachverhalt:

Landrat Eberth teilt mit, dass der Sachverhalt in der Sitzungsvorlage Ö 5 dargestellt wurde. Er liest die Beschlussvorschläge, welche in der Sitzungsvorlage Ö 5 im Beschlussvorschlag unter Nr. 2 und Nr. 3 genannt wurden, vor.

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsrat wird gebeten, ein Ausschreibungsverfahren einzuleiten und zu begleiten. Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens sind die Aufgabenstellung, das Anforderungsprofil und die vertraglichen Rahmenbedingungen festzulegen.

Der Verwaltungsrat hat dem Kreistag Vorschläge für eine Bestellung des Vorstandspostens bis zum 30.09.2024 zu unterbreiten, um eine Bestellung fristgerecht zum 01.04.2025 zu ermöglichen.

Debatte:

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Verwaltungsrat wird gebeten, ein Ausschreibungsverfahren einzuleiten und zu begleiten. Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens sind die Aufgabenstellung, das Anforderungsprofil und die vertraglichen Rahmenbedingungen festzulegen.

Der Verwaltungsrat hat dem Kreistag Vorschläge für eine Bestellung des Vorstandspostens bis zum 30.09.2024 zu unterbreiten, um eine Bestellung fristgerecht zum 01.04.2025 zu ermöglichen.

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja: 42 Nein: 24 Anwesend: 66

Beschluss-Nr.: KT/2024.04.29/Ö-5.1

Zur weiteren Veranlassung an S

Troll Protokollführer/in

		Vorlage: StabL/035/2024
	Termin	TOP 6
Kreistag	29.04.2024	öffentlich
Kreistag	29.04.2024	опениси

Fachbereich: S - Stabsstelle Landrat

Betreff:

Antrag CSU-Kreistagsfraktion: Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse des Kommunalunternehmens in die zukünftigen Haushaltsberatungen einschließen

Anlage/n: Antrag der CSU-Kreistagsfraktion vom 21.02.2024

Organigramm – Wirtschaftspläne – Jahresabschlüsse KU

Sachverhalt:

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2024 wurde mit Schreiben vom 21.02.2024 von der CSU-Kreistagsfraktion der beigefügte Antrag "Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse des Kommunalunternehmens in die zukünftigen Haushaltsberatungen einschließen" gestellt.

Die Antragstellerin wird in der Sitzung zum Sachverhalt vortragen und den Antrag erläutern.

Der Beschlussvorschlag seitens der CSU-Fraktion lautet:

"dass im Rahmen der zukünftigen Haushaltsberatungen den Mitgliedern des Kreistags auch die Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse des Kommunalunternehmens und deren Auswirkungen auf den Kreishaushalt durch die Verwaltung und das Kommunalunternehmen vorgestellt werden."

Anmerkung der Verwaltung:

In der Anlage hat das Beteiligungsmanagement des Landkreises Würzburg eine Übersicht erstellt, die den Umfang einer möglichen Umsetzung des Antrages ermöglicht. Eine enge Abstimmung zwischen Kommunalunternehmen und Beteiligungsmanagement ist deshalb für eine Information im Kreistag bzw. im Vorfeld notwendig.

Beschlussvorschlag:

Im Rahmen der zukünftigen Haushaltsberatungen des Landkreises Würzburg werden den Mitgliedern des Kreistags auch die Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse des Kommunalunternehmens, inkl. der Unternehmen an denen das Kommunalunternehmen beteiligt ist, vorgestellt. Es ist hierbei vom Kommunalunternehmen in Abstimmung mit dem Beteiligungsmanagement des Landkreises Würzburg insbesondere darzustellen, welche Auswirkungen auf den Kreishaushalt zu erwarten sind.

Debatte:

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Im Rahmen der zukünftigen Haushaltsberatungen des Landkreises Würzburg werden den Mitgliedern des Kreistags auch die Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse des Kommunalunternehmens, inkl. der Unternehmen an denen das Kommunalunternehmen beteiligt ist, vorgestellt. Es ist hierbei vom Kommunalunternehmen in Abstimmung mit dem Beteiligungsmanagement des Landkreises Würzburg insbesondere darzustellen, welche Auswirkungen auf den Kreishaushalt zu erwarten sind.

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja: 48 Nein: 18 Anwesend: 66

Beschluss-Nr.: KT/2024.04.29/Ö-6

Zur weiteren Veranlassung an S

Zur Kenntnis an SFB 4

Troll Protokollführer/in

		Vorlage: StabL/036/2024
	Termin	TOP 7
Kreistag	29.04.2024	öffentlich
Fachbereich: S - Stab	sstelle Landrat	

Betreff:

Antrag CSU-Kreistagsfraktion: Vorstellung der Planungen und Umsetzung der Neubauten des Kommunalunternehmens am Hubland

Anlage/n: Antrag CSU-Kreistagsfraktion Neubau KU

Sachverhalt:

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2024 wurde mit Schreiben vom 21.02.2024 von der CSU-Kreistagsfraktion der beigefügte Antrag "Vorstellung der Planungen und Umsetzung der Neubauten des Kommunalunternehmens am Hubland" gestellt.

Die Antragstellerin wird in der Sitzung zum Sachverhalt vortragen und den Antrag erläutern.

Der Beschlussvorschlag der CSU-Kreistagsfraktion lautet:

Aus Gründen der Transparenz und wegen der möglichen finanziellen Auswirkungen des Vorhabens auf den Kreishaushalt und im Kontext des zu erwartenden Stopps der Planungen und der Umsetzung des Anbaus am Landratsamt u.a. aufgrund der finanziellen Belastungen für die Kommunen erfolgt die Vorstellung der aktuellen Planungen für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes des Kommunalunternehmens im Kreistag.

In diesem Zusammenhang wird auch die Darstellung und Umsetzung des Vorhabens der Wohn- und Praxisgebäude und der daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen für das Kommunalunternehmen und des Landkreises Würzburg im Kreistag erwartet.

Beschlussvorschlag:

Aus Gründen der Transparenz und wegen der möglichen finanziellen Auswirkungen des Vorhabens auf den Kreishaushalt und im Kontext des zu erwartenden Stopps der Planungen und der Umsetzung des Anbaus am Landratsamt u.a. aufgrund der finanziellen Belastungen für die Kommunen erfolgt die Vorstellung der aktuellen Planungen für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes des Kommunalunternehmens zeitnah in einer der nächsten Sitzungen im Kreistag.

In diesem Zusammenhang wird auch die Darstellung und Umsetzung des Vorhabens der Wohn- und Praxisgebäude und der daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen für das Kommunalunternehmen und des Landkreises Würzburg im Kreistag erwartet.

Debatte:

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Aus Gründen der Transparenz und wegen der möglichen finanziellen Auswirkungen des Vorhabens auf den Kreishaushalt und im Kontext des zu erwartenden Stopps der Planungen und der Umsetzung des Anbaus am Landratsamt u.a. aufgrund der finanziellen Belastungen für die Kommunen erfolgt die Vorstellung der aktuellen Planungen für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes des Kommunalunternehmens zeitnah in einer der nächsten Sitzungen im Kreistag.

In diesem Zusammenhang wird auch die Darstellung und Umsetzung des Vorhabens der Wohn- und Praxisgebäude und der daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen für das Kommunalunternehmen und des Landkreises Würzburg im Kreistag erwartet.

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja: 62 Nein: 4 Anwesend: 66

Beschluss-Nr.: KT/2024.04.29/Ö-7

Zur weiteren Veranlassung an S

Zur Kenntnis an SFB 1

Troll
Protokollführer/in

		Vorlage: GB1/005/2024
	Termin	TOP 8
Kreistag	29.04.2024	öffentlich

Fachbereich: GB1 - Kommunales, Sicherheit und Verkehr

Betreff:

Antrag SPD-Kreistagsfraktion: Sachstandsbericht zum Projekt Giebelstadt (ehem. Frauenhaus, Wohnbau)

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 18.02.2024 hat die SPD Fraktion, vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden Stefan Wolfshörndl, folgenden Antrag gestellt:

Die SPD Fraktion im Kreistag Würzburg beantragt für die Sitzung am 04.03.2024 einen Sachstandbericht zum Projekt Giebelstadt (ehem. Frauenhaus, Wohnbau).

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Kreistagssitzungen einen Sachstandsbericht zum Frauenhaus und zum Projekt Giebelstadt (alter Bauhof) abzugeben.

Debatte:

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Kreistagssitzungen einen Sachstandsbericht zum Frauenhaus und zum Projekt Giebelstadt (alter Bauhof) abzugeben.

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja: 64 Nein: 2 Anwesend: 66

Beschluss-Nr.: KT/2024.04.29/Ö-8

Zur weiteren Veranlassung an GB 1

Zur Kenntnis an ZB

Troll Protokollführer/in

		Vorlage: GB4/039/2024
	Termin	TOP 9
Kreistag	29.04.2024	öffentlich

Fachbereich: GB4 - Arbeit und Soziale Angelegenheiten

Betreff:

Antrag SPD-Kreistagsfraktion: Prüfung der Beendigung der Option SGB II

Anlage/n: Antrag SPD-Fraktion vom 18.02.2024 "Prüfung Beendigung der Option SGB II zum

31.12.2025"

Sachverhalt:

Mit ihrem Schreiben vom 18.02.2024 hat die SPD Fraktion beantragt: "Prüfung Beendigung der Option SGB II zum 31.12.2025

Der Kreistag möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Beendigung der Option SGB II Arbeitsvermittlung bis zur Sitzung des Kreistages am 15. Mai 2024 zu prüfen und das Ergebnis dem Kreistag vorzulegen. Die Verwaltung wird beauftragte eine Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur (ARGE Lösung mit zwei Partnern) sowie eine Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur und der Stadt Würzburg (ARGE Lösung mit drei Partnern) zu prüfen. In der Sitzung am 15. Mai 2024 ist durch den Kreistag über den Ausstieg aus der Option SGB II endgültig zu entscheiden."

Auf die weiteren Ausführungen in dem in der Anlage beigefügten Antrag wird verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird in einer der nächsten Sitzungen das Rahmengerüst, die Historie und die Vorteile der Option dargestellt.

Debatte:

Kreisrat Wolfshörndl bittet beim Beschlussvorschlag um eine neutrale Formulierung.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Landrat Eberth formuliert den Beschlussvorschlag neu und lässt darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag geändert:

Dem Kreistag wird in einer der nächsten Sitzungen das Rahmengerüst und die Historie der Option dargestellt.

Beschluss:

Dem Kreistag wird in einer der nächsten Sitzungen das Rahmengerüst und die Historie der Option dargestellt.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2024.04.29/Ö-9

Zur weiteren Veranlassung an GB 4

Zur Kenntnis an ZB

Troll Protokollführer/in

		Vorlage: ZFB3/017/2024
	Termin	TOP 10
Kreistag	29.04.2024	öffentlich

Betreff:

Antrag SPD-Kreistagsfraktion: Berichterstattung über Beschlüsse die noch nicht oder teilweise vollzogen sind

Anlage/n: Antrag SPD Fraktion vom 18.2.2024 "Bericht über Beschlüsse die noch nicht

oder teilweise vollzogen sind"

Sachverhalt:

Mit Schreiben des Fraktionsvorsitzenden Herr Wolfshörndl vom 18.2.2024 an Herrn Landrat Eberth, eingegangen am 18.2.2024, beantragte die SPD-Fraktion im Kreistag für die Sitzung des Kreistags am 4.3.2024:

"Bericht über Beschlüsse, die noch nicht oder teilweise vollzogen sind.

Der Kreistag möge beschließen:

Die Verwaltung wird angewiesen im Rahmen jeder Kreistagssitzung im öffentlichen und nicht öffentlich Teil einen Bericht über Beschlüsse die noch nicht oder teilweise vollzogen sind zu geben. Thema, Sitzungstag sowie Sachstand sind als Mindestanforderung vorgesehen, ergänzt um die in vorherigen Sitzungen zugesagten Informationen und Auskünfte."

Auf die weiteren Ausführungen in dem in der Anlage beigefügten Antrag wird verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird an den Ältestenrat zur Konkretisierung verwiesen.

Debatte:

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschluss:

Der Antrag wird an den Ältestenrat zur Konkretisierung verwiesen.

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja: 65 Nein: 1 Anwesend: 66

Beschluss-Nr.: KT/2024.04.29/Ö-10

Zur weiteren Veranlassung an ZFB 3

Zur Kenntnis an ZB

Troll Protokollführer/in

		Vorlage: KU/009/2024
	Termin	TOP 11
Kreistag	29.04.2024	öffentlich

Fachbereich: KU - Kommunalunternehmen

Betreff:

Verlängerung Deutschland-Ticket 2024

Sachverhalt:

Verlängerung Deutschlandticket 2024

Aufgrund der fehlenden Finanzierungszusage von Bund und Ländern zum Ausgleich der Mindereinnahmen zum Deutschland-Ticket hat der Landkreis Würzburg die bestehende Allgemeine Vorschrift lediglich bis 30.04.2024 verlängert.

Weiterhin ist die Finanzierung des Deutschland-Tickets nach Einschätzung der Verkehrsverbünde für 2024 und 2025 ohne eine Tarifanpassung nicht vollständig gesichert. Für 2024 sollten die bereitgestellten Finanzmittel (Rest aus 2023) von Bund und Ländern aller Voraussicht noch bis zum Spätsommer/Frühherbst 2024 ausreichen. Eine Nachschusspflicht von Bund und Ländern ist aktuell nicht vorgesehen d. h. eventuelle Mehrkosten, welche über die zugesagten Fördermittel hinausgehen, müssen demnach von den Kommunen vor Ort getragen werden.

Wir empfehlen daher dem Kreistag eine Verlängerung bis 31.12.2024 zu beschließen. Sollte sich bis zum 31.07.2024 keine Änderung bei den bereitgestellten Finanzmitteln durch Bund und Länder ergeben, wird dem Kreistag eine Entscheidung zur Fortführung über den 01.08.2024 hinaus rechtzeitig vorgelegt.

Beschlussvorschlag:

Die Verlängerung des Deutschlandtickets bis 31.12.2024, längstens jedoch bis Ende der Finanzierung durch Bund und Länder, wird beschlossen. Sollte die Finanzierung durch den Bund und die Länder nicht bis Ende 2024 gesichert sein, so wird der Kreistag rechtzeitig vor Ablauf der Finanzierung informiert.

Debatte:

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Beschluss:

Die Verlängerung des Deutschlandtickets bis 31.12.2024, längstens jedoch bis Ende der Finanzierung durch Bund und Länder, wird beschlossen. Sollte die Finanzierung durch den Bund und die Länder nicht bis Ende 2024 gesichert sein, so wird der Kreistag rechtzeitig vor Ablauf der Finanzierung informiert.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2024.04.29/Ö-11

Zur weiteren Veranlassung an S

Troll Protokollführer/in

		Vorlage: KU/010/2024
	Termin	TOP 12
Kreistag	29.04.2024	öffentlich
Fachbereich: KU - Ko	mmunalunternehmen	

Retreff

Übernahme Personalverwaltung für den Zweckverband "Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken" durch das KU

Sachverhalt:

Zum 1. Oktober 2023 wurde der Zweckverband "Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken" neu gegründet. Er ist ein Zusammenschluss aus 19 Mitgliedskommunen zur Verkehrsüberwachung im Landkreis Würzburg. Die konstituierende Sitzung fand am 26. Oktober 2023 statt. Der Zweckverband wird eine Geschäftsstelle mit drei Mitarbeitern unterhalten.

Es ist beabsichtigt, dass das Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg die Personalsachbearbeitung und Entgeltabrechnung der Beschäftigten übernimmt.

Ein entsprechendes vertragliches Angebot wurde dem Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken am 24.11.2023 von der Personalabteilung des KU übermittelt.

Die Beschlussfassung seitens des Zweckverbandes erfolgte in der Zweckverbandsversammlung vom 18.01.2024. Zum 1.4.2024 soll das KU die Personalverwaltung der künftigen 3 Beschäftigten übernehmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt dem Vertrag Personalverwaltung des Kommunalunternehmens mit dem Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken zu.

Debatte:

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt dem Vertrag Personalverwaltung des Kommunalunternehmens mit dem Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken zu.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2024.04.29/Ö-12

Zur weiteren Veranlassung an S

Troll Protokollführer/in

		Vorlage
	Termin	TOP 13
Kreistag	29.04.2024	öffentlich
Fachbereich:		
Betreff: Sonstiges		

Landrat Eberth beendet die Sitzung um 9:27 Uhr nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorhanden sind.

Troll Protokollführer/in